



Nr. 34.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

94. Jahrgang.

Veröffentlichungsort: 6 mal wöchentlich. Preis: Die kleinste Zahl 15 Pfg. Resten 30 Pfg. Schluss der Anzeigenannahme 9 Uhr vormittags. Freirecher 9.

Dienstag den 11. Februar 1919.

Bezugpreis: In der Stadt mit Frachtkosten RM. 2,25 vierteljährlich. Postbezugpreis im Orts- und Nachbarortverkehr RM. 2,15, im Fernverkehr RM. 2,25, Bestellgeld in Württemberg 30 Pfg.

Vor den neuen Waffenstillstandsbedingungen.

* Das wird wohl jetzt bald der michelhafteste Deutsche herausgefunden haben, daß die Ententemächte deshalb zu keinem Friedensschluß oder wenigstens zur Unterzeichnung des Vorfriedens sich geneigt zeigen, um bei jeder Erneuerung des Waffenstillstandes neue Forderungen stellen zu können, und uns auf diese Weise schon vor dem endgültigen Friedensschluß zu nehmen, was nur genommen werden kann. Dabei setzen sie sich noch über die von ihnen selbst angelegten Vertragsbestimmungen in einer Weise weg, die jedem Deutschen, der noch etwas Ehrgefühl im Leibe hat, die Schamröte ob dieser Verhöhnung des deutschen Rechtes in das Gesicht treiben muß. Nachdem man uns wegen Nichterfüllung der Ablieferungsfrist von Lokomotiven, die dadurch verursacht wurde, daß die Alliierten einfach die Maschinen nicht abnahmen, oder die Abnahme verweigerten, weil sie nicht ganz einwandfrei waren, die Lieferung von Tausenden von landwirtschaftlichen Maschinen aufgezwungen hatte, verlangte man die Herausgabe der gesamten deutschen Handelsflotte, zur Versorgung Europas, wobei auch Deutschland etwas versprochen wurde, selbstverständlich ohne jede Verpflichtung. Daß wir diese Handelsflotte niemals wieder sehen werden, das geht schon aus der italienischen Meldung hervor, daß 3 Millionen Tonnen deutscher und österreichischer Schiffe unter den Alliierten verteilt werden sollen. Die Entente betrachtet heute schon die deutschen Schiffe als ihr Eigentum, denn als der erste Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission nach dem Verbleib der 5 deutschen Dampferflotte, die französische Kriegsgefangene nach Frankreich gebracht haben, wurde ihm die hübsche Antwort zuteil, es sei beschlossen worden, die 5 Dampfer in Brest oder Cherbourg zurückzuhalten, bis sie gemäß dem Abkommen über die deutschen Handelsschiffe von den Alliierten benützt werden könnten. Ueber das rechtswidrige Verhalten der Franzosen in Elsaß-Lothringen, die heute schon durch Ausweisung aller Deutschgewinneten Elsaßer der Friedenskonferenz vorgehen, über ihr Verhalten im besetzten Gebiet, wo sie die Methoden der chemischen Fabrikation ausspionieren, um dadurch die Ueberlegenheit der deutschen chemischen Industrie auszuhebeln zu können, die deutsche Arbeit, deutscher Geist und deutsche Wissenschaft sich ermunnen hatten, könnte man Tände schreiben. Aber die Alliierten haben noch lange nicht genug Demütigungen über Deutschland ergießen lassen. Wenn wir, nachdem wir uns völlig wehrlos haben machen lassen, und durch die vollständige Demobilisation selbst wehrlos gemacht haben, wieder eine weitere Waffenstillstandsfrist von den Alliierten gewährt haben wollen, so müssen wir jetzt noch weitere Tausende von Geschützen, Maschinengewehren und Flugzeugen abliefern, und die Entente wird dazu noch die Forderung stellen, daß wir ihr angeben, wie viel Kriegsmaterial wir im Lande haben, und sie wird weiterhin verlangen, daß ihre Vertreter in unsere Kriegsindustrie eintritt erhalten, damit auch dort ausspioniert werden kann. Wehren werden wir uns gegen diese neuen unerhörten Forderungen nicht können, protestieren werden wir können, wie das bisher mit aläzender Erfolglosigkeit geschehen ist. Die Entente weiß zwar, daß eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands nicht beabsichtigt werden braucht, aber es wird von den feindlichen Staatsmännern und der feindlichen Presse jetzt bei den Völkern der Entente der Eindruck zu erwecken gesucht, als könne Deutschland schließlich noch sein Haupt erheben, deshalb hat neben Clemenceau auch Bichon, der französische Minister des Aeußeren erklärt, die Lage sei ernst, das deutsche Heer sei ein nicht zu vernachlässigender Faktor, und die englische Presse vertritt auch die Ansicht, daß die militärischen Stellen der Entente mit größter Aufmerksamkeit die militärische Entwicklung in Deutschland verfolgen sollen. Das ist alles natürlich Bluff schwersten Kalibers. Denn dazu braucht man kein Sachverständiger zu sein, um zu erkennen, daß es dem deutschen Heer nach Ablieferung des größten Teils seines technischen Apparats nicht möglich wäre, irgend

eine erfolgversprechende Aktion gegen die alliierten Heere zu unternehmen. Aber diese Tatsachen hindern die Alliierten nicht, zum Zwecke der Erpressung den Ententevölkern Gefahren vorzutäuschen. Dazu kommt auch noch eine echt französische Gemeinheit, darauf berechnet, die Volksleidenschaft weiter aufzupeitschen. Vor einigen Tagen wurde eine tendenziös aufgemachte Notiz von der französischen Presse gebracht, daß in einem Schnellzug der Ostbahn, der mit deutschen Wagen gefahren sei, auf „unerklärliche“ Weise Feuer ausgebrochen sei, wobei 7 Personen umgekommen seien. Jetzt bringt eine Lyoner Zeitung schon die „Aufklärung“: Man habe in den Ueberresten des einen verbrannten Wagens Teile eines zerstörten Uhrwerks gefunden. Daraus folgt natürlich, daß die deutschen Wagen Höllemaschinen enthalten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Franzosen zur Aufpeitschung des Volkes das selbst getan haben, denn für so dumme darf man die Deutschen denn doch nicht halten. Aber die Hauptsache ist, man schafft Stoff zur Verhegung. Und auf einer solchen Grundlage soll der Wilsonsche Völkerbund gegründet werden. O. S.

Zur Waffenstillstands- und Friedensfrage.

Ein englisches Kriegsschiff im Hamburger Hafen.

Hamburg, 10. Febr. (W.-B.) Der englische Torpedobootszerstörer „Lysbe“ ist in den hiesigen Hafen eingelaufen. Das letzte in Deutschland interniert gewesene englische Handelsschiff, der Dampfer „Cosma“, ist mit deutscher Mannschaft gestern nach England abgegangen.

Widerrechtliche Verschleppung Reichsdeutscher aus dem besetzten Gebiet.

Berlin, 9. Febr. Die feindlichen Besatzungsbehörden haben außer dem Inhaber der Firma Gebrüder Köhling in Diedenhofen auch den Prokuristen des Unternehmens, Joseph Dreber, verhaftet und abgeführt. Die Verhaftung erfolgte am 2. Februar in seiner Wohnung in Bad Ems, das bekanntlich zum Friedenkopf Koblenz, also zum besetzten Gebiet gehört. Dreber soll wie viele andere Personen von den Alliierten wegen des Ankaufs von beschlagnahmten französischen und belgischen Maschinen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Angehörigen Drebers sind bis heute ohne Nachricht über seinen Aufenthalt und sein Ergehen. Da die Verhaftung dem Artikel 6 des Waffenstillstandsabkommens widerspricht und außerdem im Widerspruch zu den am 16. Januar in Trier abgegebenen Erklärungen Fochs steht, hat die deutsche Waffenstillstandskommission seine sofortige Freilassung gefordert.

Clemenceau wirkt beunruhigend.

Paris, 10. Febr. In einer Unterredung mit einem Vertreter der Associated Press sagte Ministerpräsident Clemenceau u. a.: Ich habe gesagt, daß der Krieg gewonnen sei. Es wäre vielleicht genauer, wenn man sagen würde, daß eine Ruhe im Sturm eingetreten ist. Mindestens muß man alle Möglichkeiten ins Auge fassen. Frankreich sollte nicht nur militärisch, sondern auch industriell und kommerziell vernichtet werden. Die französische Industrie kann nur schwer ins Leben zurückgerufen werden, während Deutschland alle seine Werke unversehrt gehalten hat. In kommerzieller und industrieller Beziehung hat Preußen gesiegt. Auch ist es für Deutschland sehr vorteilhaft, daß es während des Krieges keine Schulden im Ausland hat zu machen brauchen. Ebenso ist es hinsichtlich des militärischen Sieges die Lage für Frankreich beunruhigend. Man denke nur an den Bolschewismus, aus dem Deutschland ungeheure Kräfte ziehen kann, noch dazu wenn die englische Armee demobilisiert ist und die Amerikaner nach den Vereinigten Staaten zurückgekehrt sind. Allerdings will ich nicht vergessen, daß Wilson uns beruhigende Erklärungen abgegeben hat. — Die Erklärung ist natürlich nur darauf gerichtet, die Ententevölker zu beunruhigen und sie dadurch der Aufrechterhaltung der Mobilisation gegenüber willfähriger zu machen.

Die Alliierten wollen noch mehr deutsches Material.

Paris, 11. Febr. (Havas.) Diplomatischer Situationsbericht vom 10. Febr. Heute taat nur die Kommission für den Völkerbund. Montag Nachmittag wird der oberste interalliierte Kriegsrat voraussichtlich die Prüfung der Bedingungen abschließen, die in das Waffenstillstandsabkommen einzufügen sind, wenn der Vertrag am 18. Febr. erneuert wird. Im Verlaufe der beiden vorangegangenen, am Freitag und Sonnabend abgehaltenen Sitzungen prüfte der oberste Kriegsrat die Fragen der deutschen Demobilisierung und Abrüstung in Deutschland, um diesem es unmöglich zu machen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, wenn es je daran denken sollte. Zu diesem Zweck erhoben die Alliierten Einspruch bei der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa gegen die Nichtausführung gewisser Bestimmungen und sie mußten eine Bestandsangabe fordern über das Kriegsmaterial, das z. B. in Deutschland vorräufig ist bzw. sich in den Fabriken in Arbeit befindet. Es ist sogar wahrscheinlich, daß der oberste Kriegsrat zur größeren Sicherheit die Auslieferung größerer Mengen Kriegsmaterial, Geschütze, Maschinengewehre und Flugzeuge fordern wird. Außer mit diesen Fragen wird sich der oberste Kriegsrat mit der Frage der polnischen Grenze, den zu haltenden Truppenbeständen der Alliierten und der Blockade befassen. Wenn der Waffenstillstand nicht vor dem 18. Febr. unterzeichnet werden kann, so wird das jetzige Uebereinkommen einfach um einige Tage verlängert werden, bis der neue Wortlaut angenommen worden ist.

Polnische Wünsche gegenüber den Alliierten.

Berlin, 8. Febr. Der polnische Delegierte Omowski sagte gestern den Delegierten der Alliierten, die sich nach Polen begeben werden, die gefährliche Lage Polens zwischen dem Bolschewismus und den Deutschen auseinander. Er forderte, daß der Vormarsch der Deutschen nach dem Osten durch ein Veto der Alliierten zum Stillstand gebracht werde, sowie daß bei Erneuerung des Waffenstillstandes Bedingungen festgesetzt würden, durch welche der polnischen Bevölkerung es verbürgt werde, die Beschlüsse der Konferenz in Ruhe abwarten zu können. Schließlich verlangte er die Öffnung der Straße Danzig-Thorn für Truppen-, Munitions- und Lebensmitteltransporte.

Neue polnische Unverschämtheiten.

Berlin, 11. Febr. Wie dem „Berliner Tageblatt“ über Genf berichtet wird, hat die polnische Delegation ein neues dreifaches Ansuchen an den obersten Kriegsrat der Alliierten gerichtet, wonach bei der Erneuerung des Waffenstillstandsabkommens es den Deutschen aufs entschiedenste verboten werden soll, militärische Operationen gegen die Polen in der Provinz Posen zu unternehmen. Weiter soll Deutschland gezwungen werden, den Polen die Erlaubnis zu geben, die Eisenbahn von Danzig bis Warschau für den Transport von Truppen und Munition zu benutzen, damit die Truppen des Generals Haller ohne Schwierigkeiten zu den Polen geschafft werden könnten. — Weiter meldet das Blatt: Die polnische Bedrohung Brombergs ist gewachsen. Die Polen stehen 10 Kilometer vor Bromberg. Bei Nakel halten sie die D-Züge an und unterziehen die Reisenden großen Verlastigungen. Die Polen schießen auch auf die Züge.

Die Verhöhnung des deutschen Nationalgefühls.

Berlin, 11. Febr. Die Eisenbahndirektion in Danzig telegraphierte an den Arbeitsminister, daß das Generalkommando Danzig nicht in der Lage ist, die unbedingt nötigen Wachmannschaftsposten zum Schutze der nächsten Montag oder Dienstag für Polen eintreffenden drei Dampfer mit Lebensmitteln zu stellen. Das Generalkommando bittet also um Stellung amerikanischer Truppen. Das wurde abgelehnt. Der Vertreter der amerikanischen Mission hält die deutsche Regierung für unbedingt verpflichtet, für ausreichenden Schutz zu sorgen und machte darauf aufmerksam, daß die deutsche Regierung für alle abhanden gekommenen Menschen aufzukommen habe. Die Lage ist sehr schwierig, da das

Nichteintreffen amerikanischer oder französischer Wachmannschaften die Befehung der ganzen Strecke Danzig-Flowo zur Folge hätte. Die Eisenbahndirektion bittet daher die Regierung um schleunige Ueberweisung zuverlässiger Truppen an das hiesige Generalkommando. — Also dafür, daß die Polen den deutschen Osten bedrohen, sollen wir verpflichtet sein, Lebensmittel für sie durch unser Land transportieren zu lassen, und noch dafür haften, daß nichts verloren geht.

Eine polnische Kriegsmarine.

Berlin, 10. Febr. Wie dem Sonderberichterstatter des „Berliner Tageblatt“ von zuständiger militärischer Stelle mitgeteilt wird, ist in Modlin eine polnische Weichsefflotten gegründet worden. Sie steht unter dem Kommando eines ehemaligen österreich-ungarischen Admirals. Die Mannschaften tragen Matrosenuniform und führen an der Mütze die polnische Bezeichnung polnische Marine. In Thorn hat sich die Flottille noch nicht gezeigt, was wohl mit dem Eisgang zusammenhängt. Die Flottille setzt sich aus Motorbooten und zwei Flußdampfern zusammen, die schon im Frieden als Personen- und Frachtdampfer die Weichsel von Thorn bis Danzig befahren. In polnischen Kreisen wird die Weichsefflotten als die Wiege der zukünftigen polnischen Kriegsmarine betrachtet, deren Kriegshafen das alte deutsche Danzig sein soll. Wie dem Korrespondenten weiter mitgeteilt wird, macht die Organisation des polnischen Heeres sichtbare Fortschritte.

Amerika und die irischen Forderungen.

(WB) Rotterdam, 8. Febr. „Daily Mail“ erzählt aus New York vom 7. Februar, daß die Kommission des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten beschlossen hat, eine Resolution einzubringen, worin der Kongreß die Hoffnung ausdrückt, daß die Friedenskonferenz, wenn sie ihr Urteil über die verschiedenen Völker abgibt, auch das Recht Irlands auf Selbstregierung in wohlwollender Erwägung ziehen wird. Auch ist als ziemlich sicher anzunehmen, daß diese Resolution im Repräsentantenhause eine überwältigende Mehrheit erhält, und daß der Senat diesem Beispiel folgen wird.

Chinesische Forderungen auf der Pariser Konferenz.

Bern, 8. Febr. Nach dem „Echo de Paris“ lauten die dem chinesischen Delegierten gegebenen Aufträge für die Friedenskonferenz wie folgt: 1. Herausgabe Szingtau an China, 2. Rückgabe aller Häfen an China, nötigenfalls auch einzelner, welche den Alliierten zugesprochen waren, sofern die Rückgabe dieser Häfen die Interessen der Alliierten nicht ernstlich schädigen, 3. Unterstützung des Vorschlags auf Seefreiheit, 4. Keine Beschränkung der Stärke der chinesischen Armee, deren Verstärkung notwendig sei, 5. klare Abgrenzung der chinesischen Territorialgewässer zwecks zukünftiger Vermeidung

von Streitigkeiten, 6. die Alliierten sollen um Abgabe der Garantie gebeten werden, daß künftig keine Nation von China Hafenkonzessionen verlangen werde.

Japan.

Amsterdam, 10. Febr. „Allgemeines Handelsblatt“ meldet aus Tokio vom 30. Januar: Verschiedene Mitglieder des Landtages richteten wegen der vorgeschlagenen Rüstungseinschränkungen zu Wasser und zu Lande Fragen an die Regierung. Sie machten darauf aufmerksam, daß die amerikanischen Pläne sich in entgegengesetzter Richtung bewegen. Die Zeitung „Jiji“ verlangt die Aufstellung von zwei Flotten von je 8 Schlachtschiffen und 4 Schlachtkreuzern. — In Tokio wurde eine Vereinigung von Mitgliedern des Landtages und anderer Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens gegründet, die auf die Abschaffung der jetzt noch bestehenden Schranken zwischen den Rassen hinarbeiten soll. — Das steht im Zusammenhang mit dem amerikanischen Einwanderungsbesetz, das die gelbe Rasse benachteiligt.

Das Echo zur Nationalversammlung.

Der französische Haß über das Wiedererwachen des deutschen Nationalempfindens.

Bern, 10. Febr. Die Eröffnung der deutschen Nationalversammlung wird erst von gewissen französischen Blättern besprochen. Der „Temps“ weist auf den Gegensatz zwischen Weimar und Paris hin. Während man sich in Weimar versammle, zerstreue man sich in Paris. Die Lüge, die durch die Abreise Wilsons, Lloyd Georges und Orlando entstanden sei, werfe alles um. Man müsse entschieden die Methode ändern oder aufhören zu arbeiten. Das heutige Deutschland siehe nicht wie das Frankreich von 1871 einem gebieterischen und einigen Gegener gegenüber. Die Weimarer Versammlung sei berufen worden, um der deutschen Regierung zu helfen, die nationale Einheit zu stärken, Wien zu annektieren und den Forderungen der Alliierten zu widersprechen. Das Blatt bespricht ausführlich die Eröffnungsrede Eberts und sagt: Mit welchem Tone verlangt Ebert den Wilsonfrieden. Mit welchem Tone sprach er von der Zulassung Deutschlands mit gleichen Rechten zum Völkerbund. Militärische Maßnahmen drängen sich mit unabwendbarer Notwendigkeit auf. Deutschland besteht weiter. Es muß auch die Pariser Konferenz weiter bestehen, aber die Periode der Untersuchungen muß endlich zurückgehen und es muß die Periode der Beschlüsse eintreten. — Auch „Petit Parisien“ bespricht die Rede Eberts und sagt, daß diese neue freche Haltung Deutschlands aufhören müsse, da die Entente militärisch der Herr sei. Das Blatt fordert neue militärische Garantien, die Befehung von Efen und die Ziehung einer Grenzlinie im Osten, die von Hindenburgs Divisionen nicht überschritten werden dürfe. Die Verproviantierung Deutschlands dürfe nur unter diesen Bedingungen fortbauern.

Bern, 9. Febr. Die Blätter beschäftigen sich weiter in ablehnender Haltung mit der Rede Eberts in der Nationalversammlung. — „Journal“ fordert außer der bereits bekannnten Bedingung der Befehung der Krupp'schen Werke in Essen und der Fabriken in Westphalen noch die Ablieferung aller Waffen in Deutschland, Herabsetzung der deutschen Heeresbestände und scharfe Kontrolle der Alliierten über die Demobilmachung.

Vermischte Nachrichten.

Von der Berner Sozialistenkonferenz.

Bern, 20. Febr. Schweiz. Dep.-Agent. Die gestern abgebrochene Debatte über die Kriegsgefangenenfrage auf der internationalen sozialistischen Konferenz wurde in einer Nachsitzung auch heute fortgesetzt. Sie endete mit der Annahme einer Resolution, daß Kriegsgefangene nicht zurückgehalten werden dürfen. Als letzter Punkt kam zur Verhandlung das Thema: Diktatur und Demokratie. Branting legte als Berichterstatter der Kommission eine Resolution vor, worin es u. a. heißt: Die Konferenz begrüßt die gewaltige politische Revolution in Rußland, Oesterreich und Deutschland. Sie fordert die Arbeiter aller Länder auf, demokratisch-revolutionäre Einrichtungen zu entwickeln, in deren Rahmen die sozialistische Umgestaltung sich vollziehen kann. Die Konferenz steht unerschütterlich auf dem Boden der Demokratie. Sie bezeichnet jeden Versuch einer kleinen Mehrheit des Proletariats, eine Diktatur auszuüben, als gefährlich. Das kann nur zur Aufreizung des Proletariats und zum Bürgerkriege führen. — Auf Vorschlag der russischen Delegierten soll die Frage des Bolschewismus auf der nächsten Konferenz behandelt werden. Macdonald (England) warnte die Pariser Konferenz davor, sich durch ihre Beschlüsse verantwortlich dafür zu machen, daß der Bolschewismus eine weitere Ausdehnung annehme. Im weiteren Verlaufe der Diskussion trat eine so große Unruhe ein, daß auf Antrag Hunsmanns die Sitzung um 1 Uhr abgebrochen wurde. Die Weiterberatung wurde auf Montag verschoben.

Ein Zwischenfall in der französischen Kammer.

Bern, 8. Febr. In der vorgestrigen französischen Kammer Sitzung, in der die Regierungsvorlage über die Bekämpfung des Wuchers mit Lebensmitteln erörtert wurde, wurden von den Tribünen des Publikums aus Flugschriften des regionalen Syndikats der Banarbeiter des Seine-Departements in den Sitzungssaal geworfen, die die Aufforderung an die Deputierten richteten, weniger zu reden und mehr dafür zu sorgen, daß Brot auf den Tisch der Arbeiter komme. Die Flugschriften fordern Beschäftigung für die Arbeiter, die die Arbeitslosenunterstützung in der jetzigen Form als demütigend bezeichnen.

Die Entwicklungstendenzen unserer Volkswirtschaft.

Von Otto Seltmann.

Das heutige wirtschaftliche Leben steht ohne Zweifel im Zeichen eines immer stärker werdenden Konzentrationsbestrebens des Kapitals. Da, wo das freie Spiel der Kräfte sich am wenigsten durch Traditionen gehindert entwickeln konnte, in Amerika, da sehen wir heute schon den Kapitalismus auf einer der letzten Etappen zu seinem Endziele.

Die Trustbildung hat in den Vereinigten Staaten einen solchen Umfang angenommen, daß die dortige Regierung schon seit einer Reihe von Jahren versucht hat, diese sich immer rücksichtsloser äußernde Wirtschaftsförm zu bekämpfen. Bisher ohne Erfolg. Es ist bekannt, daß die letzte Präsidentenwahl im Zeichen der Trustbekämpfung gestanden hat, so daß schließlich der Kandidat gewählt wurde, der am meisten Aussicht bot, die Bekämpfung der Trusts energisch in die Hand zu nehmen.

Präsident Wilson hat sich denn auch bei seinem Einzuge in das Weiße Haus die Inangriffnahme dieser Frage sehr angelegen sein lassen, und er bereitet den Kampf energisch vor, indem er in zahlreichen Zeitungsartikeln die Gefahren der Vertrustung des amerikanischen Wirtschaftslebens darlegt. Er verweist vor allem auf die Folgen der Ausschaltung des freien Wettbewerbs, die im Wesen des Trusts liegt. Der Trust

verhindere das Aufkommen unternehmungslustiger, leistungsfähiger Kräfte, er ruiniere neben ihm aufstrebende Industriezweige, so daß in dem Trustwesen die Gefahr liege, daß es die Fortschritte der Technik hintanhaltete. Auf der einen Seite werden die besten individuellen Kräfte lahmgelegt, wenn sie sich nicht ins Schlepptau des Trusts nehmen lassen wollen; auf der andern Seite habe der Trust, der das Monopol in irgend einem Wirtschaftszweige erlangt habe, kein besonderes Interesse daran, große, umwälzende technische Erfindungen zu Zwecken der Verbilligung des Produktionsverfahrens oder zur Verbesserung der Produkte in seinen Werken einzuführen. An der Verbilligung seiner Produkte habe der Trust nur so lange ein Interesse, als er den weniger kapitalkräftigen Konkurrenten aus dem Felde schlagen wolle. Erfindungen, die auf seinem Gebiete gemacht werden, würden einfach aufgekauft, dann aber unbenützt liegen gelassen. Das bedeute dann Stillstand der Technik, im weiteren Sinne Kulturstillstand, Kulturrückschritt.

Weiter müsse dann noch beim Trustprinzip in Betracht gezogen werden, welche ungeheuren Kapitalien der Aufkauf der Werke erfordere, die dann meistens brach liegen gelassen werden, so daß das Kapital nutzlos vergeudet werde. Der Verlust von Zinsen aus dieser Kapitalanlage werde nach dem Erreichen der monopolistischen Stellung eben dadurch wieder hereingeholt, daß man die Preise für die Ware nach Gutdünken erhöht, da man ja keine Konkurrenz mehr zu fürchten habe.

Wie äußert sich nun die Wirtschaftsform der Trusts in der Volkswirtschaft? Der spezielle Charakter des Trustwesens zeigt sich darin, daß der Trust irgend einen Produktionspreis völlig beherrscht, von der Gewinnung der Rohprodukte bis zur Fertigfabrikation. Das Prinzip des Trustwesens bedeutet völlige Ausschaltung des freien Wettbewerbs auf irgend einem Produktionsgebiete, d. h. private Monopolisierung von Produktion und natürlich auch Markt auf diesem Gebiete.

Die Bildung eines Trusts vollzieht sich folgendermaßen: Die Produzenten auf irgend einem Wirtschaftsgebiete werden auf Grund von Vereinbarungen oder durch Zwang — Preisunterschied, Kreditentzug infolge

Beeinflussung der Banken — veranlaßt, dem werdenden Trust beizutreten, indem sie ihre Werke an diesen verkaufen, und nun vielleicht als Kapitalisten am Trust teilnehmen. Vom Standpunkt des Kapitals aus treten nun folgende Vorteile der Konzentration klar in Erscheinung: Man kann die meisten so herangezogenen, weniger rentablen Werke stilllegen und nur die best-eingerichteten Werke benutzen und ausbauen; es wird eine straffere Organisation ermöglicht, die Verwaltung kann wesentlich vereinfacht werden, vor allem aber hat man die unbeschränkte Macht der Preisbildung und des Marktes.

Denkt man sich nun das Prinzip des Trustwesens bis zur letzten Konsequenz durchgeführt, so kommt man zum privaten Monopol auf den verschiedenen Wirtschaftsgebieten in der Hand eines kleinen Kreises von Geldaristokraten, die infolge der gegenseitigen, wirtschaftlichen Beziehungen wohl wiederum unter sich verbunden sein werden, und so das ganze Wirtschaftsleben beherrschen.

Für die Volkswirtschaft hätte diese kapitalistische Entwicklung den Vorteil, daß die Produktion entsprechend der Nachfrage geregelt und dadurch den so gefürchteten Wirtschaftskrisen besser begegnet werden könne, daß ferner das Bedürfnis bezüglich der Arbeitskräfte sich besser übersehen ließe, große Arbeiterentlassungen seltener würden. Andererseits dürfte diese Entwicklung aber zu starkem Bedenken Anlaß geben.

Diese Könige auf wirtschaftlichem Gebiete würden eine unermessliche Macht in ihren Händen vereinigen. Wer garantiert, daß diese Macht nicht zu ungunsten der Allgemeinheit zu ungunsten unserer Kulturentwicklung ausgenützt werden könnte?

Fürs erste bedeutet diese Entwicklung eine große Gefahr für den Konsumenten, der dann gezwungen wäre, die von dieser Macht diktierten Preise zu bezahlen; man denke weiter an die Millionen von Angestellten und Arbeitern, die von dem guten Willen dieser Wirtschaftsmacht abhängig wären, zuletzt ist zu befürchten, daß dieser konzentrierte Kapitalismus versuchen würde, die Staatsgewalt und -politik in seinem Interesse zu beeinflussen zu ungunsten der Allgemeinheit.

(Fortsetzung folgt.)

* Der Aufsatz erschien im September und Oktober 1913 in den Nummern 27 bis 31 der „S. wachenswart“. Gerade heute, wo beim Wiederaufbau unseres zerrütteten Wirtschaftslebens die wirtschaftlichen Fragen in der Tagespresse einen breiten Raum einnehmen, dürfte die Abhandlung von allgemeinem Interesse sein, weil sie die Probleme der verschiedenen, jetzt zur Diskussion stehenden Wirtschaftsformen mit ihren Konsequenzen in gemeinverständlich Weise behandelt. Was die Persönlichkeit Wilsons anbelangt, so bekommen wir hier von ihm den richtigen Vorgesichtspunkt, den wir schon im letzten als Vorkämpfer des größten Wirtschaftsimperialismus, der je geherrscht hat, hin, der vorgeschlagen, das Trustwesen in seinem Lande bekämpfen zu wollen. Und so hat er einen Teil seiner Landesteile bei der letzten Präsidentenwahl betrogen, und den größten Betrug schmeidet er mit seinem Völkervertrauen. Der Verf.

Landwirtschaftl. Consum-Verein Calw.
(e. G. m. u. H.)

Die General-Versammlung

des Vereins findet am 22. Februar, nachmittags 1/2 Uhr in der früheren Dreß'schen Brauerei statt.

Tagesordnung:

1. Rechenschaftsbericht.
2. Rassen- und Revisionsbericht.
3. Berichtsjahres über Verwendung des Gewinns.
4. Vorstandswahl.

Hierzu werden die Vereinsmitglieder freundlich eingeladen.

Die Jahre-Rechnung pro 1918

liegt zur Einsicht der Genossen im Geschäftszimmer auf.

Der Vorstand.



Pflegen Sie Ihr Schuhzeug um es dauerhaft zu machen.

Verwenden Sie nur Dr. Guntner's Delwachselederputz

Nigrin

der nur aus Ölen und Wachsen besteht und daher das Leder wasserdicht, weich und dauerhaft erhält. Nigrin färbt nicht, wie die verfeinerten Wassercreme, bei nasser Witterung ab, der Glanz bleibt auch bei Regenwetter erhalten.

Hersteller auch des so beliebten Parkett- u. Linoleumwachses Roberin: Carl Guntner Göppingen

Am Mittwoch verkaufe ich im Gasthof zum „Hirsch“ in Calw schöne

Läufer-Schweine
Königeter.

Ettenbronn.
Ein zur Zucht geeignetes
Rind
verkauft.
Wilh. Walz.

Stammheim.
Ein schönes 1/4 jähriges
Zucht-Rind
hat zu verkaufen.
Jakob Ruonath, i. Forstweg.

**Vorzügliches
Tranfett
sowie
Wagenfett**
empfiehlt billigt
Albert Wochele, Lederhdsg.

**Eine frisch melkende, oder hoch-trächtige
Ziege**
wird zu kaufen gesucht.
Angebote mit Preis erbiten
Gustav Pfisterer, in Forzheim-Brödingen Höhenst. 39.

Buchhandlung Olpp
empfiehlt:

- Briefmüppchen 5/5 gefüllt (auch für Wiederverkäufer)
 - Rechnungsformulare
 - Quittungsblocks
 - Ansichtskarten
 - Künstlerkarten
 - Briefmarkenalbums
 - Reclamemarkensammelhefte
 - Briefpapiere in Kassetten
 - Korrespondenzkarten
 - Trauerpapiere und -Karten.
- Telef. 92. -:- Marktplatz 15.

Älteres, zuverlässiges, ehrliches
Mädchen

findet sofort oder auf 1. März gute Stelle in kleiner Beamtenfamilie. Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes.

Ordentliches älteres
Mädchen

am liebsten vom Lande für sofort gesucht.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Althengstett.
Einen Jungen
nimmt in die Lehre.
Straile, Schneidermeister.

Suche per sofort einen
jungen Mann
für Landwirtschaft bei freier Station. Vorstellung erwünscht.
Kohler, Talmühle.

Serster's Nähmaschinen
für alle Zwecke sowie für Handwerker kaufen Sie heute noch vorteilhaft. Anfragen erbiten an
Steph. Serster, Reutlingen.
Vertreter gesucht.

Gehingen, den 10. Februar 1919.
Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters, unseres lieben Vaters, Großvaters u. Schwiegervaters
Christian Süßer,
Süßer,
für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers am Grabe, den erhebenden Gesang des Herrn Lehrers mit seinen Schülern, sowie dem Militärverein und der Feuerwehr, sprechen den herzlichsten Dank aus
die trauernden Hinterbliebenen

Calw, den 10. Februar 1919.
Dankfagung.
Für die wohlthuenden Beweise von Liebe und Teilnahme aus Anlaß des Hinscheidens meiner I. Schwiegertochter
Frau Mina Schrof,
geb. Wild
sagt herzlichen Dank
im Namen der Hinterbliebenen:
Frau Nane Schrof, Witwe Calw.

Schöne, neue
Bettfedern
empfiehlt
Franz Naun, Bettfedern-reinigungsgech. Kronenstr. 106

Zu verkaufen:
verschiedene
Herrenartikel.
Hirsau, Pletschenau Nr. 100



Agenturen
errichtet überall zum Vertrieb ihrer reich illust. Fam.-Wochenschrift „Volkskraft“ Stuttgart, Hohenheimerstr. 41 a.

Landwirte.
Wer Backofen, Backherde oder Fleischeräucher anschaffen will, verlange sofort Preisliste von
Johs. Werner, Nagold.

Zugharmonika
gut erhalten, 2 reihig 8 Pässe ist zu verkaufen.
Saaggasse 192 b.

Gehingen.
Für Brantleute:
6 eichene komplette Schlafzimmer, 3 eichene Speisezimmer, sowie 12 tannene Bettladen
hat zu verkaufen.
Friedrich Mitschke.

Verkaufe etwa
200 Liter 1917er Most.
Hauptlehrer Gröbinger Gehingen.

Einen gutenhaltenden
Rochherd
zu verkaufen.
Zwinger 296.

Schöne
Gas-Zuglampe
zu verkaufen.
Lederstraße 184 II.

Eine noch fast ganz neue
Regulateur-Uhr
ist wegen Entbehrlichkeit zu verkaufen, ebenso ein
Holztoffer.
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Bl.

Einen Gasherd, eine Gaslampe, einen Hofhund
verkauft a. Mittwoch mittag 1 Uhr
Baittinger, Zwinger.

Wasserglas
empfiehlt
R. Hauber.

Wand-Kalender
mit Markt-Verzeichnis das Stück zu 20 Pfg., sind auf der Geschäftsstelle ds. Bl. zu haben

Vaterländische Pflicht jedes wahrhaft deutsch gesinnten ist es:
seinen eigenen Betrieb in Gang zuhalten u. möglichst zu vergrößern; andere Betriebe durch Erteilung von Aufträgen zu beschäftigen.
Nur ein Handinhandarbeiten der gesamten deutschen Geschäftswelt kann den Niedergang verhindern und den Aufschwung herbeiführen. Die heimkehrenden Krieger haben ein Anrecht auf Arbeit. Der allgemeine Wahlspruch muß lauten: **Und jetzt erst recht!**